

Kommentare

HANS KRUMP

Das deutsche Gesundheitssystem bleibt krank



Eigentlich sollte der nach langen Querelen 2008 vereinbarte Gesundheitsfonds den Politikern im Wahljahr 2009 Ruhe an der leicht erregbaren medizinischen Front bringen. Alles sollte gerechter zugehen, und die Ärzteschaft nie dagewesene Honorarzuwächse von drei Milliarden Euro erhalten – eine Steigerung von zehn Prozent. Aber schon die Beitragserhöhungen einiger Krankenkassen im Januar brachten Irritationen. Und jetzt hagelt es massive Proteste von vielen der 140 000 niedergelassenen Ärzte, nachdem sie die ersten Honorarbescheide der Kassenärztlichen Vereinigungen (KV) für das neue Jahr bekommen haben. Es gibt tagelange Praxisschließungen und mancher Kassen-Patient soll erst mal Vorkasse leisten.

mit niedrigeren Sätzen und weniger Privatpatienten profitieren sollten, um so die Medizinerflucht vom Land zu stoppen. Dafür sollten ihre üppig verdienenden Kollegen im Süden etwas abgeben. Aber die finanziellen Umverteilungen nach Einführung von Fixpreisen statt des alten Punktesystems bei den Ärztesgruppen sind größer als einkalkuliert. So erleiden Mediziner, die deutlich mehr Patienten behandeln als im Schnitt, starke Einbußen. Nachteile erleiden auch Ärzte, die weniger Patienten haben, nach früheren Bestimmungen dafür aber mehr Honorar erhielten. Auch die Tatsache, dass es für Zusatzleistungen wie ambulante Operationen Extrageld gibt, wurde wohl nicht richtig gewichtet.

Vor allem Fachärzte in Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein klagen über massiv gesunkene Einnahmen, teils um bis zu 40 Prozent. Im bislang darübenden Osten Deutschlands hingegen erfreuen sich viele Ärzte an beachtlichen Honorarzuwächsen. Wie ist das zu erklären, hatte doch die Bundes-KV erklärt, keinem Arzt werde es schlechter gehen? Das wissen vermutlich auch die an der Reform Beteiligten nicht genau. Denn das deutsche Vergütungssystem für Mediziner ist so kompliziert, dass selbst Experten oft kaum durchblicken.

Es gab auch Kommunikationsprobleme: Die KV versäumten den Mediziner zu vermitteln, dass die drei Milliarden Zusatzhonorar nicht 2009 aufgeschlagen, sondern dabei die kräftigen Honorarsteigerungen von 2008 eingerechnet werden. Somit sollen 2009 nur 1,2 Milliarden an die Ärzte ausgeschüttet werden. Das aber ist ein Problem zwischen den Ärztesverbänden und den Medizinern. Wenn nun die Ärztekammern 1,5 Milliarden Euro Nachschlag für 2009 fordern, muss die Politik dies strikt ablehnen. Gesundheit in alternden Gesellschaften wird ohnehin immer unbezahlbarer. Als Lösung bleibt nur, dass die Honorarreform in ihren derzeitigen Exzessen nachjustiert werden muss.

Zunächst: Es war politisch gewollt, dass Ärzte im Osten

Der Wettbewerb beginnt

Brandenburg hatte sich bei der Föderalismusreform lange Zeit gegen mehr Freiheiten der Länder bei der Besoldung ihrer Angestellten und Beamten gewehrt – erfolglos. Die Befürchtungen, dass die wohlhabenderen Bundesländer mit höheren Gehältern die besten Köpfe abziehen, bewahrheitet sich schon heute im Bildungsbereich. Baden-Württemberg wirbt mit großen Plakaten und ebensolchen Versprechungen um Lehrer aus der Region Berlin-Brandenburg.

Nachwuchskräfte werden ohne Abstriche hier gebraucht. Ob sie auch tatsächlich von der Fachhochschule der Polizei in Oranienburg in den brandenburgischen Landesdienst wechseln, ist nicht sicher.

Bei der Polizei ist es nur eine Frage der Zeit, dass auch hier der Wettbewerb einsetzt. Brandenburg wird dies dann besonders hart treffen. Schließlich scheiden in den kommenden Jahren viele ältere Polizisten aus. Die jetzt ausgebildeten

Nur darauf zu setzen, dass die Technik und die Fahrzeuge so schön neu sind, wird nicht ausreichen, solange die Bezüge der brandenburgischen Polizisten ganz am unteren Ende der Skala angesiedelt sind. Es ist also verständlich, dass die Gewerkschaften im Land jetzt vor den Wahlen das Thema Beförderungsskizze auf die Tagesordnung setzen. Zumindest ist in diesen Zeiten die Chance relativ groß, dass auch der wahlkämpfende Finanzminister Rainer Speer nun eher mit sich reden lässt. ULRICH THIESSEN

Keine Ruhe für Zumwinkel

Durchsuchung auf der Burg des ehemaligen Post-Chefs und Telekom-Aufsichtsratsvorsitzenden am Gardasee

Bonn (dpa) Klaus Zumwinkel findet auch im selbstverschuldeten Ruhestand keine Ruhe. Nun standen Ermittler erneut überraschend vor seiner Tür.

Aus dem mächtigen und lange Zeit höchst angesehenen Spitzenmanager wurde wegen seiner privaten Steuerhinterziehung ein verurteilter Krimineller. Nach dem Urteil in der Liechtenstein-Steueraffäre zog sich der 65-Jährige mit einer Bewährungsstrafe aus seiner Kölner Villa ganz legal auf seine festungsgleiche Burg Tenno am Gardasee in Italien zurück. Doch dort holte ihn jetzt seine Vergangenheit erneut ein.

Es ging nicht um privates Fehlverhalten oder Gier, sondern um die Bespitzelungsaffäre bei der Deutschen Telekom. Die Staatsanwaltschaft Bonn ermittelt seit knapp einem Jahr, ob der langjährige Post-Vorstands-

THEMA
SPITZEL-AFFÄRE
BEI DER TELEKOM

chef als Ex-Aufsichtsratsvorsitzender bei der Schwester Telekom in den Skandal verwickelt ist und ob er die gesamte Aktion auch insgeheim angestoßen haben könnte.

Intern hatte die Telekom nach der Amtszeit von Zumwinkel aufgedeckt, dass unter anderem Aufsichtsräte und Journalisten ausgespäht worden waren. Rund 60 Personen sollen davon betroffen sein. Zumwinkel selbst hatte in einem Zeitungsinterview unmittelbar nach seinem Steuer-Schuldpruch jede Mitverantwortung zurückgewiesen. Als damaliger Aufsichtsratschef habe er keine Weisungsbefugnis gehabt. Das operative Geschäft habe der Vorstand geführt. Diese Äußerung führt zum damaligen Vorstandschef Kai-Uwe Ricke.



Im Mittelpunkt eines Datenskandals: die Deutsche Telekom AG. Hier ihr Logo am Kölner Fernsehturm Coloniaus.

Foto: AP

Auch Ricke wurde von Razzien überrascht – in seinem Schweizer Haus und am Ammersee in Bayern, wo seine Frau ein Anwesen hat und Ricke auch zugegen war, als die Beamten klingelten. Auch er hatte seine Zelte in der Heimat abgebaut und war still und leise von Bonn in die Schweiz übergesiedelt.

Möglicherweise hat eine Schlüsselfigur in der Affäre, ein früherer Konzern-Sicherheits-

manager, inzwischen geplaudert. Der Mann sitzt als Verdächtiger seit einigen Monaten in Untersuchungshaft. Kamen seine ominösen Auftraggeber aus der Konzernspitze? Das will die Staatsanwaltschaft klären.

Ende Januar war Zumwinkel wegen Hinterziehung von knapp einer Million Euro Steuern vom Bochumer Landgericht zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt worden. Er hatte ein Geständnis abgelegt. Vor laufen-

den Kameras war er vorher am 14. Februar 2008 in seiner Villa in Köln-Marienburg nach einer Razzia von der Staatsanwaltschaft zum Verhör mitgenommen worden. Einen Tag nach den Fernsehbildern räumte der Post-Lenker seinen Schreibtisch und gab dann auch seinen Posten bei der Telekom auf.

Bei der Post machte Zumwinkel noch kräftig Kasse: Er ließ sich laut dem aktuellen Geschäftsbericht seine gesamten

Pensionsansprüche beim Konzern auszahlen – das sollen rund 20 Millionen Euro gewesen sein. Für die zwei Monate Tätigkeit im Jahr 2008 erhielt Zumwinkel außerdem Bezüge von insgesamt 714 045 Euro. Darunter war ein Bonus von 480 184 Euro – damit war er aus dem Vorstand der Einzige, der einen Bonus für 2008 erhielt. Außerdem wurden ihm Aktienoptionen mit einem sogenannten Zeitwert von mehr als einer Million Euro zugeteilt.

Ex-Konzernspitzen im Visier

Telekom soll Verbindungsdaten ausgespäht haben

Bonn (dpa) Seit fast einem Jahr ermittelt die Bonner Staatsanwaltschaft gegen mehrere Verdächtige in der so genannten Telekom-Bespitzelungsaffäre. Darunter sind auch der frühere Telekom-Aufsichtsratsvorsitzende Klaus Zumwinkel und Ex-Vorstandschef Kai-Uwe Ricke. Die Telekom-Konzernsicherheit soll nicht nur Telefonverbindungen von Journalisten und eigenen Aufsichtsräten kontrolliert, sondern möglicherweise auch auch noch andere Daten von Journalisten und Aufsichtsräten ausgespäht haben.

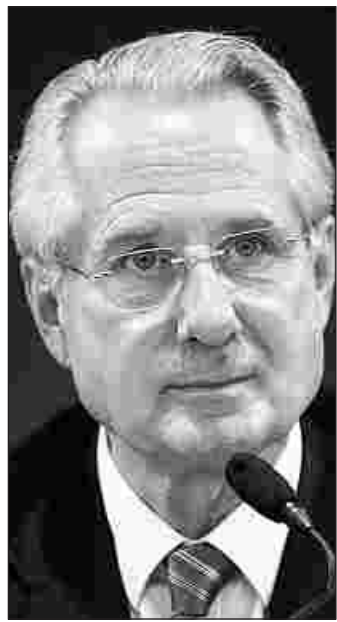
Die Telekom hatte im Mai 2008 selbst Strafanzeige erstattet. Die neue Unternehmensfüh-

rung um Vorstands-Chef René Obermann hatte nach eigenen Angaben keine Kenntnis von den Vorgängen aus früheren Jahren. Ein ehemaliger leitender Mitarbeiter aus der Sicherheitsabteilung, der die Aktion organisiert haben soll, sitzt seit einiger Zeit in Untersuchungshaft. Ermittelt wird wegen möglicher Verstöße gegen das Bundesdatenschutzgesetz und gegen das Fernmeldegeheimnis.

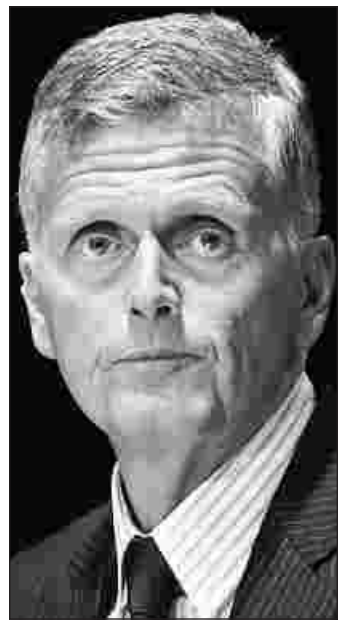
Die Telekom hat in der Bespitzelungsaffäre bislang lediglich „Fälle von missbräuchlicher Nutzung von Verbindungsdaten“ in den Jahren 2005 und 2006 eingeräumt. Woher die

se Daten zu Uhrzeit, Länge und Teilnehmern des jeweiligen Gesprächs stammten und was genau mit ihnen geschehen ist – dazu machte sie nach außen bislang keine Angaben. In den Medien kursierten zahlreiche weitere Anschuldigungen gegen die Telekom.

Nicht direkt mit der Bespitzelungsaffäre hat ein Datendiebstahl bei der Telekom zu tun, der ebenfalls noch nicht geklärt ist. 17 Millionen Telefonnummern und Kundendaten waren im Jahre 2006 gestohlen und illegal gehandelt worden, darunter auch welche von Politikern, Wirtschaftsführern und Milliardären.



Klaus Zumwinkel Foto: dpa



Kai-Uwe Ricke Foto: dpa

Über die „Hochrheinbrücke“ bei Laufenburg haben die Badener 2004 kräftig gelacht. Die Grenzbrücke über den Rhein war ein deutsch-schweizerischer Pann-Bau. Die Brücke landete am deutschen Ufer 54 Zentimeter zu tief an.

Das kam so: Die Schweizer bezogen sich bei ihren Höhenmessungen auf Normalnull – den mittleren Meeresspiegel des Mittelmeeres. Der aber liegt 27 Zentimeter tiefer als der Pegel der Nordsee, an dem sich die Deutschen orientierten. Die Schweizer Architekten kannten diese Differenz und wollten sie ausgleichen. Doch dabei verrechneten sie sich. „Hochnotpeinlich-Brücke“ lästerte der „Spiegel“.

Brückenkonstrukteure dürfen auf Hilfe hoffen – von ganz oben. Am Montag startet der europäische Satellit Goce im rus-

INA MATTHES
Nachgeforscht
Neues aus
Wissenschaft und Technik



Alles auf Null

sischen Plessez. Goce könnte Schluss machen mit dem komplizierten Durcheinander verschiedener Pegel-Maße auf der Welt, die um bis zu einem Meter voneinander abweichen. Mit Hilfe der Sonde wollen Forscher die bisher genaueste, weltweit einheitliche Basis für Höhenmessungen festlegen – ein neues, globales Normalnull.

Dieses globale Normalnull ist eine Hilfskonstruktion, die auf Umwegen ermittelt wird. Dazu muss Goce das Schwerefeld der Erde mit hoher Genauigkeit vermessen. Das ist knifflig. Die Schwerkraft nimmt nicht nur mit zunehmender Höhe ab. Ihre Stärke variiert auch in ver-

schiedenen Regionen der Erde – nur gering zwar, aber trotzdem merklich. Ein 80-Kilo-Mann vom Nordpol zum Beispiel verliert etwa 400 Gramm Gewicht, wenn er zum Äquator umzieht – ohne Hungern. Die veränderte Schwerkraft macht sein Leben leichter, zumindest auf der Waage.

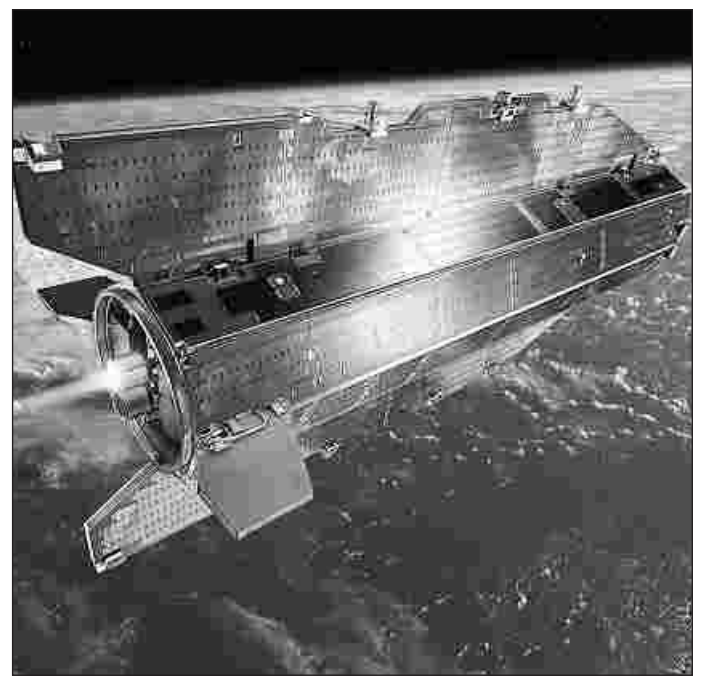
Aus den Gravitations-Daten von Goce bauen Experten eine Hilfskonstruktion: das sogenannte Geoid. Das kann man sich wie eine gedachte, weltumspannende Hülle vorstellen, die etwa auf der Höhe des unbewegten Meeresspiegels liegt und die Kontinente durchschneidet. Weil die Gravitation regional

schwankt, hat das Geoid Beulen und Dellen. Es sieht aus wie eine Kartoffel. Die entscheidende Besonderheit dieser fiktiven Hülle: Überall auf ihrer Oberfläche ist die Schwerkraft gleich stark. Außerdem liefert Goce außerordentlich präzise Messwerte der Schwerkraft, mit Abweichungen von höchstens ein, zwei Zentimetern. Diese beiden Eigenschaften machen das Modell des Geoid zur idealen Basis für einheitliche Höhenmessung. Es stellt das globale Normalnull dar.

Das kann nicht nur Brückenbauern in Zukunft die Arbeit erleichtern. Der Satellit, der 20 Monate lang die Erde um-

kreist, soll vor allem den Klimaforschern nützen. Sie brauchen ein exaktes Geoid, um Veränderungen des Meeresspiegels auf einen Zentimeter genau messen zu können. Nur so lassen sich Strömungen, transportierte Wassermassen und Wärme in den Ozeanen zuverlässig bestimmen. Das hat enorme Bedeutung für Klimaprognosen, für die Frage, wie stark die Weltmeere in Zukunft anschwellen könnten. Auch Bergsteiger dürfen dem Satellitenstart entgegenfiebert. Wenn Goce Erfolg hat, wissen sie endlich, wie hoch der Mount Everest wirklich ist.

Fragen und Meinungen zu Nachgeforscht an: cvd@moz.de



Schwerkraft-Vermesser: Der Satellit Goce soll ab Montag in 260 Kilometer Höhe um die Erde fliegen. Foto: dpa/ESA